

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsnummer	STVV/023/2013 Öffentliche Sitzung
Sitzungsdatum	Donnerstag, 12.12.2013
Sitzungsbeginn	18:05 Uhr
Sitzungsende	22:18 Uhr
Sitzungsort	Stadthalle, Saal 1

Teilnehmerliste

Stadtverordnetenvorsteher

Herr Christian Herfurth

CDU-Fraktion

Frau Christa Engel
Herr Ernst Garkisch
Herr Dr. Thomas Hahn
Herr Wolfgang Heller
Herr Günther Lenz
Frau Petra Ludwig
Herr Peter Piaskowski
Herr Jens Rosam
Frau Dr. Alexia Schadow
Herr Ralf Schmidt
Frau Dr. Petra Schneider
Herr Dietbert Walter
Herr Thomas Zarda

SPD-Fraktion

Herr Hans-Egon Baasch
Frau Helga Duy
Frau Sieglinde Kilb
Frau Dagmar Kraus
Herr Eberhard Munsch
Herr Volker Nies
Herr Holger Schmerr
Herr Helmut Urban
Herr Sebastian Vogel
Herr Jürgen Volkmar
Herr Marius Weiß

FWG-Fraktion

Herr Gerhard Dernbecher
Frau Karin Gänßler
Herr Stefan Gärth
Herr Andreas Ott
Herr Herbert Ott

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Patrick Enge
Herr Timo Müller
Frau Sybille Orth
Frau Annette Reineke-Westphal
Herr Gert Richter
Herr Martin Stappel
Herr Peter Swarovsky-Pergande

FDP

Herr Jürgen Musial

Vertreter des Magistrats

Herr Gerhard Krum

Mitglieder des Magistrats

Herr Jürgen Beranek
Herr Felix Hartmann
Herr Karl-Wilhelm Höhn
Herr Sven Hölzel
Herr Wolfgang Müller
Herr Matthias Neibig
Frau Christel Schall
Herr Klaus Schindler
Herr Dieter Schnell

Mitglieder der Verwaltung

Frau Sabine Fritz
Herr Stefan Krebs
Frau Iris Oswald
Herr Helmut Rinke
Herr Jürgen Volz
Herr Peter Werner
Herr Axel Wilz

ferner

zahlreiche Zuhörer
Herr Oliver Bock
Herr Volker Stavenow

FAZ
Idsteiner Zeitung

Schriftführer

Herr Bernd Göres

Es fehlten entschuldigt

Frau Gabriele-Kornelia Beck
Herr Carsten Enge
Herr Klaus-Peter Güttler

Tagesordnung

		Tagesordnung I
1		Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers
2		Mitteilungen des Magistrats
2.1	208/2013	2. Bericht zum Stand des Haushaltsvollzugs (1. Januar 2013 bis 30. September 2013)
2.2	238/2013	Umsetzung der Erweiterung der bestehenden P+R-Anlage auf der westlichen Seite des Bahnhofes in Idstein-Kern - Vergabe der Entsorgung der belasteten Massen Z>2
2.3	242/2013	Vermarktung der Flächen der ehemaligen Kindertagesstätte Stolzweiese 14 - 16, Idstein-Kern
3		Anfragen nach § 18 der Geschäftsordnung
3.1	218/2013	Anfrage des Stadtverordneten Musial betr. Straßeninstandhaltung
4		Einführung, Verpflichtung, Ernennung und Vereidigung des bei der Direktwahl am 22. September 2013 gewählten Bürgermeisters
5		Wahl der Stadtverordnetenvorsteherin oder des Stadtverordnetenvorstehers
6	212/2013	Antrag der FWG-Fraktion betr. Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet "Conti-Bau-Siedlung" im Bereich Idstein-Kern (Taubenberg)
7	215/2013	Einführung einer Satzung über die Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge
8		Haushalt 2014
8.1	148/2013	Antrag der FWG-Fraktion betr. Behindertengerechter Zugang zum DGH Dasbach
8.2	157/2013	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Idstein betr. Klimaschutzmanager
8.3	217/2013	Antrag der FWG-Fraktion betr. Netzwerk Gesunde Stadt
8.4	224/2013	Sammelantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Idstein zum Haushaltsplanentwurf 2014
8.5	231/2013	Sammelantrag der CDU-Fraktion zum Haushaltsplanentwurf 2014
8.6	232/2013	Antrag der SPD-Fraktion betr. "Projekt Klimaschutzmanagement"
8.7	233/2013	Sammelantrag der SPD-Fraktion zum Haushaltsplanentwurf 2014
8.8	234/2013	Antrag der SPD-Fraktion zum Investitionsprogramm 2013-2017
8.9	235/2013	Antrag der SPD-Fraktion zum Haushaltssicherungskonzept 2014
8.10	241/2013	Antrag der FWG-Fraktion zum Haushaltssicherungskonzept 2014
8.11	193/2013	Stellenplan 2014
8.12	209/2013	Haushaltssicherungskonzept 2014
8.13	189/2013	Haushaltsplan 2014

Tagesordnung II		
9	190/2013	Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer
10	216/2013	Straßenerhalt 2013
11	226/2013	Aufhebung des Sperrvermerkes bei Produkt 06.366.01 (Brandschutztechn. Sanierung JUZ, Schlossgasse)
12	196/2013	Antrag der SPD-Fraktion betr. Beförderung des Idsteiner Waldes durch Hessen Forst
13	199/2013	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Idstein betr. Interkommunale Zusammenarbeit - Einrichtung einer Zentralen Vergabestelle im Idsteiner Land
14	229/2013	Eingabe von Herrn Norman Gasser vom 15. Oktober 2013
15	230/2013	Antrag der CDU-Fraktion betr. Spielplatz "Im Rauental"
16	191/2013	Bedarfs- und Entwicklungsplan für den Brandschutz und die Allgemeine Hilfe der Stadt Idstein

Stadtverordnetenvorsteher Herfurth eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden, insbesondere die zahlreich erschienenen Zuhörer sowie die Vertreter der Presse, und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zu diesem Zeitpunkt sind 37 Stadtverordnete anwesend.

Die Niederschrift über die 22. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 7. November 2013 wird einvernehmlich genehmigt.

Stadtverordnetenvorsteher Herfurth heißt Stadtverordneten Munsch, der für die SPD-Fraktion in die Stadtverordnetenversammlung nachgerückt ist, willkommen.

Protokollierung

Tagesordnung I

1	Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers
---	--

Bemerkungen:

Stadtverordnetenvorsteher Herfurth teilt mit, dass die Zustellung für die heutige Sitzung am 5. Dezember 2013 stattfand und die öffentliche Bekanntmachung am 7. Dezember 2013 in der Idsteiner Zeitung erfolgte.

Er macht darauf aufmerksam, dass die Drucksache-Nr. 191/2013, Bedarfs- und Entwicklungsplan für den Brandschutz und die Allgemeine Hilfe der Stadt Idstein, TOP 16, vertagt werden soll, was auf der Einladung zur heutigen Sitzung versehentlich nicht explizit so vermerkt wurde.

Stadtverordnetenvorsteher Herfurth dankt Herrn Werner für die Erstellung der Übersichtliste über die Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2014, die auch in diesem Jahr bei den Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen sehr hilfreich war.

Stadtverordneter Piaskowski weist darauf hin, dass die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Jugend, Kultur, Sport und Soziales zur Drucksache-Nr. 230/2013, Antrag der CDU-Fraktion betr. Spielplatz "Im Rauental", TOP 15, in der Niederschrift nicht korrekt wiedergegeben wurde. Die Beschlussempfehlung muss nach seiner Ansicht lauten: Der Magistrat wird gebeten, die zukünftige Verwendung des Spielplatzes "Im Rauental" und eine eventuelle Attraktivierung des Spielplatzes zu prüfen.

Da hierüber Einvernehmen besteht, verbleibt der TOP 15 auf der Tagesordnung II.

Stadtverordnetenvorsteher Herfurth erklärt, dass er sein Mandat in der Stadtverordnetenversammlung mit sofortiger Wirkung niederlegt.

Er bedankt sich für die gute und konstruktive Zusammenarbeit mit den Gremien und der Verwaltung. Die Ausübung des Amtes des Stadtverordnetenvorstehers habe ihm sehr viel Freude bereitet, zumal ihm die Fraktionen die Arbeit leicht gemacht hätten.

Der **stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Baasch** übernimmt die Sitzungsleitung und begrüßt den Stadtverordneten Dr. Thomas Hahn als Nachrücker der CDU-Fraktion für den ausgeschiedenen Christian Herfurth.

Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher Baasch dankt Herrn Herfurth für die neutrale und offene Sitzungsleitung während der letzten Jahre.

2		Mitteilungen des Magistrats
---	--	------------------------------------

Bemerkungen:

Bürgermeister Krum bedankt sich zunächst bei Herrn Herfurth für die gute und konstruktive Zusammenarbeit in den letzten Jahren. Er erklärt, dass Herr Herfurth aus seiner Sicht salopp gesagt einen guten Job gemacht hat und ist der Auffassung, dass Herr Herfurth auch den Anforderungen als neuer Bürgermeister der Stadt Idstein gerecht werden wird.

2.1	208/2013	2. Bericht zum Stand des Haushaltsvollzugs (1. Januar 2013 bis 30. September 2013)
-----	-----------------	---

Bemerkungen:

Bürgermeister Krum berichtet zur Drucksache-Nr. 208/2013, 2. Bericht zum Stand des Haushaltsvollzugs (1. Januar 2013 bis 30. September 2013).

2.2	238/2013	Umsetzung der Erweiterung der bestehenden P+R-Anlage auf der westlichen Seite des Bahnhofes in Idstein-Kern - Vergabe der Entsorgung der belasteten Massen Z>2
-----	-----------------	--

Bemerkungen:

Bürgermeister Krum berichtet zur Drucksache-Nr. 238/2013, Umsetzung der Erweiterung der bestehenden P&R-Anlage auf der westlichen Seite des Bahnhofes in Idstein-Kern – Vergabe der Entsorgung der belasteten Massen Z>2.

2.3	242/2013	Vermarktung der Flächen der ehemaligen Kindertagesstätte Stolzweiese 14 - 16, Idstein-Kern
-----	----------	--

Bemerkungen:

Bürgermeister Krum berichtet zur Drucksache-Nr. 242/2013, Vermarktung der Flächen der ehemaligen Kindertagesstätte Stolzweiese 14 - 16, Idstein-Kern.

3		Anfragen nach § 18 der Geschäftsordnung
---	--	---

3.1	218/2013	Anfrage des Stadtverordneten Musial betr. Straßeninstandhaltung
-----	----------	---

Bemerkungen:

Bürgermeister Krum verliest die Antworten zur Anfrage des Stadtverordneten Musial betr. Straßeninstandhaltung, Drucksache-Nr. 218/2013.

Die Stellungnahme der Verwaltung vom 10. Dezember 2013 wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

4		Einführung, Verpflichtung, Ernennung und Vereidigung des bei der Direktwahl am 22. September 2013 gewählten Bürgermeisters
---	--	--

Bemerkungen:

Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher Baasch erinnert daran, dass die Stadtverordnetenversammlung in ihrer letzten Sitzung die Gültigkeit der Bürgermeisterdirektwahl beschlossen hat.

Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher Baasch führt Herrn Christian Herfurth in das Amt des Bürgermeisters ein und verpflichtet ihn durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Aufgaben.

Bürgermeister Krum überreicht Herrn Herfurth die Ernennungsurkunde mit Wirkung ab 14. Januar 2014.

Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher Baasch vereidigt Herrn Herfurth.

Bürgermeister Krum und der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, **Stadtverordneter Piaskowski**, gratulieren Herrn Herfurth und überreichen ihm Blumensträuße.

Herr Herfurth bedankt sich für die Glückwünsche und erklärt, dass er ein Bürgermeister für alle Idsteiner sein wird. Den Gremien bietet er eine offene und unparteiische Zusammenarbeit zum Wohle der Stadt Idstein an. Sein ausdrücklicher Dank geht auch an Ehrenbürgermeister Hermann Müller, dessen Amtsführung ihm ein Vorbild sein wird. Ein großes Dankeschön richtet **Herr Herfurth** auch an seinen Amtsvorgänger Bürgermeister Gerhard Krum, mit dem er seit geraumer Zeit eine gute und geregelte Amtsübergabe vorbereitet.

Bemerkungen:

Stadtverordneter Piaskowski schlägt Stadtverordneten Thomas Zarda als Stadtverordnetenvorsteher vor.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Stadtverordnete Reineke-Westphal beantragt geheime Wahl.

Es wird ein Wahlausschuss gebildet, dem der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Baasch als Wahlvorsteher, die Stadtverordneten Ludwig, Swarowski-Pergande und Musial als Beisitzer sowie der Stadtverordnete Gärth als Schriftführer angehören.

Stadtverordneter Richter plädiert dafür, heute keine Stadtverordnetenvorsteherwahl durchzuführen. Er begründet dies damit, dass die 4 wichtigsten Funktionsstellen dann möglicherweise durch die CDU-Fraktion besetzt wären. Er sieht hier den Wählerwillen nicht umgesetzt. **Stadtverordneter Richter** betont ausdrücklich, dass sich die Ablehnung nicht gegen den Kandidaten richte.

Der Wahlausschuss tritt zusammen und es erfolgt die Wahlhandlung.

Zur Auszählung der Stimmen wird die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von 18.55 Uhr bis 19.03 Uhr unterbrochen.

Wahlvorsteher Baasch gibt bekannt, dass der Wahlausschuss folgendes Ergebnis festgestellt hat:

17 Ja-Stimmen

18 Nein-Stimmen

2 ungültige Stimmen

Somit ist Stadtverordneter Zarda nicht zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt.

Auf Vorschlag von **Stadtverordnete Reineke-Westphal** wird die Sitzung von 19.05 Uhr bis 19.25 Uhr unterbrochen und es erfolgt unter anderem eine Ältestenratsitzung unter Beteiligung der Stadtverordneten Baasch, Dernbecher, Gärth, Reineke-Westphal, Richter, Piaskowski und Weiß sowie Herrn Werner und Herrn Göres.

Stadtverordneter Weiß sieht keinen Grund für einen weiteren Wahlgang und mahnt einen besseren Umgang miteinander an. Es sollte ein Kandidat mit breitem Konsens gefunden werden.

Stadtverordneter Dernbecher erklärt, dass ihm kein Wahlgang bekannt ist, der keinen zweiten Wahlgang zulässt. Wenn sich eine Fraktion unterrepräsentiert fühle, so möge sie doch bitte einen Gegenkandidat benennen.

Stadtverordneter Piaskowski plädiert für einen zweiten Wahlgang, jedoch sollte der Stimmzettel noch einmal kurz erläutert werden.

Stadtverordneter Richter schlägt vor, die Wahl des Stadtverordnetenvorstehers oder der Stadtverordnetenvorsteherin zu vertagen.

Abschließend verständigt sich der Ältestenrat darauf, einen zweiten Wahlgang durchzuführen.

Nach Wiedereintritt in die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung gibt **stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher Baasch** die Empfehlung des Ältestenrates bekannt und ruft zu einem neuen Wahlgang auf.

Stadtverordneter Dr. Hahn erklärt, dass ein guter Stadtverordnetenvorsteher die Eigenschaften neutral und objektiv sowie in der Sache bewandert und dem Amt gewachsen haben sollte. Stadtverordneter Zarda erfülle diese Voraussetzungen und ist aus seiner Sicht der richtige Kandidat.

In weiteren Redebeiträgen machen die **Stadtverordneten Weiß, Dernbecher** und **Piaskowski** noch einmal ihre Standpunkte deutlich.

Stadtverordneter Piaskowski schlägt erneut Stadtverordneten Thomas Zarda als Stadtverordnetenvorsteher vor.

Stadtverordnete Reineke-Westphal beantragt geheime Wahl. **Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher Baasch** erläutert den Stimmzettel.

Es erfolgt ein zweiter Wahlgang.

Zur Auszählung der Stimmen wird die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von 19.57 Uhr bis 20.02 Uhr unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung gibt **Wahlvorsteher Baasch** das Wahlergebnis bekannt, das wie folgt lautet:

18 Ja-Stimmen

18 Nein-Stimmen

1 Stimmenthaltung

Wahlvorsteher Baasch erklärt, dass Stadtverordneter Zarda auch im zweiten Wahlgang nicht zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt wurde.

Wahlvorsteher Baasch bricht den Wahlvorgang an dieser Stelle ab und schlägt den Fraktionen vor, sich bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung am 6. Februar 2014 in dieser Angelegenheit zu verständigen.

6	212/2013	Antrag der FWG-Fraktion betr. Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet "Conti-Bau-Siedlung" im Bereich Idstein-Kern (Taubenberg)
---	----------	--

Bemerkungen:

Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher Baasch übergibt die Sitzungsleitung an den zweiten stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher Richter.

Stadtverordnete Baasch berichtet ausführlich für den Bau- und Planungsausschuss.

Stadtverordnete Reineke-Westphal erklärt, dass sich die "Conti-Bau-Siedlung" durch eine große Dichte und Begrünung und Einheitlichkeit auszeichnet. Dieses gute Erscheinungsbild sollte erhalten bleiben und maßvoll entwickelt werden.

Stadtverordneter Reineke-Westphal stellt folgenden Änderungsantrag:

Ziffer 1 der Drucksache-Nr. 212/2013 bleibt unverändert.

Ziffer 2 der Drucksache-Nr. 212/2103 erhält den Wortlaut „Es wird eine Bürgerversammlung durchgeführt, in der die Bürger Anregungen einbringen können und über die Konsequenzen eines Bebauungsplanes informiert werden“.

Ziffer 3 der Drucksache-Nr. 212/2013 erhält den Wortlaut „Es wird ein Meinungsbild der Eigentümer von Grundstücken samt zugehöriger Garagen Taubenberg 27 - 91 sowie Taubenberg 42 - 80 (Wohngebiet "Conti-Bau-Siedlung") zur Aufstellung eines Bebauungsplan erhoben. Der Zeitraum für die Erhebung läuft von 5 Tagen vor bis 5 Tagen nach der Bürgerversammlung. Es wird die Frage gestellt: Befürworten Sie einen Bebauungsplan für die "Conti-Bau-Siedlung"?"

Ziffer 4 der Drucksache-Nr. 212/2013 erhält den Wortlaut: „Die Stadtverordnetenversammlung befasst sich in der ersten Sitzung nach dem Befragungszeitraum mit der Aufstellung eines Bebauungsplanes für die Conti-Siedlung“.

Stadtverordneter Dernbecher hält den Änderungsantrag für zustimmungsfähig. Er beantragt die Ziffer 1 des Beschlussvorschlages um den Wortlaut: „(siehe Plan Geltungsbereich Aufstellungsbeschluss zur BPA-Niederschrift vom 26. November 2013)“ zu ergänzen. Ziffer 4 soll den Wortlaut: „Die Stadtverordnetenversammlung befasst sich in der ersten Sitzung nach dem Befragungszeitraum mit den Ergebnissen des Meinungsbildes“ erhalten.

Stadtverordnete Reineke-Westphal übernimmt die Änderungsvorschläge des Stadtverordneten Dernbecher.

Stadtverordneter Baasch spricht sich dafür aus, der Beschlussempfehlung des Bau- und Planungsausschusses zu folgen.

Stadtverordneter Garkisch erklärt, dass er den Änderungsantrag der FWG-Fraktion unterstützt. Er beantragt getrennte Abstimmung der Ziffer 3.

Beschluss:

1. Für die Grundstücke samt zugehöriger Garagen Taubenberg 27 - 91 sowie Taubenberg 42 - 80 (Wohngebiet "Conti-Bau-Siedlung") im Bereich Idstein Taubenberg wird die Aufstellung eines Bebauungsplanes beschlossen (siehe Plan Geltungsbereich Aufstellungsbeschluss zur BPA-Niederschrift vom 26. November 2013).

Ziel soll sein, den städtischen Gesamteindruck dieser Siedlung in Verbindung mit der ausgewogenen Gebäudeplanung, was Dachformen, Maß der baulichen Nutzung und Positionierung der Gebäude auf den Grundstücken betrifft, zu erhalten.

2. Es wird eine Bürgerversammlung durchgeführt, in der die Bürger Anregungen einbringen können und über die Konsequenzen eines Bebauungsplanes informiert werden.
4. Die Stadtverordnetenversammlung befasst sich in der ersten Sitzung nach dem Befragungszeitraum mit den Ergebnissen des Meinungsbildes.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

Ja: 37 Nein: 0 Enthaltung: 0

Beschluss:

3. Es wird ein Meinungsbild der Eigentümer von Grundstücken samt zugehöriger Garagen Taubenberg 27 - 91 sowie Taubenberg 42 - 80 (Wohngebiet „Conti-Bau-Siedlung“) zur Aufstellung eines Bebauungsplanes erhoben.

Der Zeitraum für die Erhebung läuft von 5 Tagen vor bis 5 Tagen nach der Bürgerversammlung. Es wird die Frage gestellt: Befürworten Sie einen Bebauungsplan für die Conti-Bau-Siedlung?

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich abgelehnt

Ja: 12 Nein: 25 Enthaltung: 0

Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher Richter stellt fest, dass durch die Ablehnung der Ziffer 3 des Änderungsantrages auch die Ziffer 3 der Beschlussempfehlung des Bau- und Planungsausschusses vom 26. November 2013 entfällt.

7	215/2013	Einführung einer Satzung über die Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge
---	----------	--

Bemerkungen:

Stadtverordneter Baasch berichtet für den Bau- und Planungsausschuss.

Stadtverordneter Piaskowski berichtet für den Haupt- und Finanzausschuss.

Stadtverordneter Baasch erklärt, dass sich die SPD-Fraktion in den Ausschussberatungen bei der Beschlussfassung enthalten habe, da noch Beratungsbedarf innerhalb der Fraktion bestand. Die SPD-Fraktion wird der Drucksache-Nr. 215/2013 heute zustimmen.

Stadtverordnete Reineke-Westphal erklärt, dass durchweg keine Fraktion die Einführung einer Straßenbeitragssatzung will, es jedoch aufgrund der wirtschaftlichen Zwänge und der Auflagen der Kommunalaufsicht keine Alternative gibt. Letztendliche Gerechtigkeit wird es bei diesem Thema nicht geben, jedoch habe man mit der Verwaltungsvorlage eine gute Grundlage.

Die **Stadtverordneten Piaskowski** und **Dernbecher** sprechen sich ebenfalls dafür aus, die Drucksache-Nr. 215/2013 zu beschließen. Für **Stadtverordneten Dernbecher** ist die Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge von den ungerechten Möglichkeiten noch die gerechtere.

Stadtverordneter Musial lehnt die Einführung einer Satzung über die Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge ab.

Beschluss:

1. Die Satzung über die Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge gemäß Anlage 1 wird beschlossen.
2. Die Satzung tritt am 1. Januar 2014 in Kraft.
3. Die Drucksache-Nr. 139/2013 wird für erledigt erklärt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Ja: 35 Nein: 2 Enthaltung: 0

Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher Baasch übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

8		Haushalt 2014
8.1	148/2013	Antrag der FWG-Fraktion betr. Behindertengerechter Zugang zum DGH Dasbach
8.2	157/2013	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Idstein betr. Klimaschutzmanager
8.3	217/2013	Antrag der FWG-Fraktion betr. Netzwerk Gesunde Stadt
8.4	224/2013	Sammelantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Idstein zum Haushaltsplanentwurf 2014
8.5	231/2013	Sammelantrag der CDU-Fraktion zum Haushaltsplanentwurf 2014

8.6	232/2013	Antrag der SPD-Fraktion betr. "Projekt Klimaschutzmanagement"
8.7	233/2013	Sammelantrag der SPD-Fraktion zum Haushaltsplanentwurf 2014
8.8	234/2013	Antrag der SPD-Fraktion zum Investitionsprogramm 2013-2017
8.9	235/2013	Antrag der SPD-Fraktion zum Haushaltssicherungskonzept 2014
8.10	241/2013	Antrag der FWG-Fraktion zum Haushaltssicherungskonzept 2014
8.11	193/2013	Stellenplan 2014
8.12	209/2013	Haushaltssicherungskonzept 2014
8.13	189/2013	Haushaltsplan 2014

Bemerkungen:

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, **Stadtverordneter Piaskowski**, berichtet sehr ausführlich für den Haupt- und Finanzausschuss. Er dankt der Verwaltung für die Erstellung der Übersichtsliste der Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2014, kritisiert aber, dass die Übersichtsliste heute als Tischvorlage nur in DIN A4 und nicht wie in den Ausschusssitzungen im DIN A3-Format vorliegt.

Stadtverordnete Reineke-Westphal dankt zunächst dem Magistrat und der Verwaltung für die rechtzeitige Vorlage des Haushaltsplanentwurfs 2014. Sie stellt fest, dass bereits sehr viel abgespeckt wurde und nur noch wenige Einsparmöglichkeiten bestehen, was auch an den verhältnismäßig wenigen Anträgen der Fraktionen zum Haushalt 2014 deutlich wird. Aus ihrer Sicht wird noch immer viel zu wenig für den Umweltschutz investiert. Auch müsse man sich beim geplanten Kulturbahnhof fragen, ob man sich dieses Projekt eigentlich leisten kann. Sie erklärt, dass das Abstimmungsverhalten der Stadtverordnetenversammlung zum Thema Klimaschutzmanagement und Klimaschutzmanager der Gradmesser dafür sein wird, ob ihre Fraktion dem Haushalt zustimmen kann.

Stadtverordnete Reineke-Westphal beantragt Einzelabstimmung zu den Ziffern 9, 10, 17, 31, 43,44 und 45 der Übersichtsliste.

Auch **Stadtverordneter Weiß** dankt dem Magistrat und der Verwaltung für die rechtzeitige Vorlage des Haushaltsplanentwurfs 2014 sowie den Fraktionen für die konstruktiven Ausschussberatungen zum Haushalt 2014. Er beleuchtet die strukturellen Probleme der finanziellen Schieflage in den kommunalen Haushalten und bemängelt, dass immer mehr Aufgaben ohne die erforderliche Finanzausstattungen an die Kommunen übertragen oder den Kommunen Gelder entzogen werden. Er stellt fest, dass mit dem vorgelegten Haushaltsplanentwurf 2014 fast eine Punktlandung nach den Vorgaben der Kommunalaufsicht hingelegt wurde. Er erwartet, dass die Kommunalaufsicht dies auch honoriert und zügig eine Haushaltsgenehmigung erteilt. **Stadtverordneter Weiß** hofft, dass es bei den nächsten Haushaltsberatungen möglich sein sollte die Haushaltswünsche der Ortsbeiräte wieder mitzubearbeiten.

Stadtverordneter Weiß beantragt getrennte Abstimmung zur Ziffer 45 der Übersichtsliste.

Für **Stadtverordneten Piaskowski** ist der Haushaltsplanentwurf 2014 kein Grund zum Jubeln und macht auch keinen Spaß. Es müssen viele Dinge getan werden, die von außen vorgegeben werden und die Bürger belasten. Durch diese Auflagen besteht aber auch eine Chance das Notwendige vom Wünschenswerten zu unterscheiden und sich auf das Wesentliche zu fokussieren.

Stadtverordneter Piaskowski weist darauf hin, dass der vom Magistrat in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 28. November 2013 zugesagte Formulierungsvorschlag zum Haushaltssicherungskonzept der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 28. November 2013 beigefügt war und in dieser Form beschlossen werden sollte.

Stadtverordneter Dernbecher erklärt, dass sich im Haushaltsplanentwurf keine Spielräume mehr befinden. Da der Haushaltsplanentwurf im Wesentlichen auf den Vorgaben der Kommunalaufsicht basiert, ist er optimistisch, dass der Haushalt 2014 durch die Kommunalaufsicht genehmigungsfähig ist.

Stadtverordneter Dernbecher dankt dem Magistrat und der Verwaltung für die rechtzeitige Vorlage des Haushaltsplanentwurfes 2014 und lobt hier ausdrücklich die Idsteiner Verhältnisse gegenüber anderen Gemeinden im Rheingau-Taunus-Kreis.

Für **Stadtverordneten Musial** geht der Haushaltsplanentwurf 2014 in die richtige Richtung. Man sei auf dem richtigen Weg, wobei für ihn auch kaum noch Einsparpotenziale erkennbar sind. **Stadtverordneter Musial** erklärt, dass er sich bei der Beschlussfassung zum Haushalt 2014 enthalten wird.

Stadtverordneter Enge erinnert daran, dass noch immer keine Eröffnungsbilanz vorliegt. Die im Haushaltssicherungskonzept niedergeschriebenen Ziele hält er für sehr optimistisch formuliert. Für die kommenden Jahre sieht er weitere schmerzhaftes Einschnitte auf die Stadt Idstein zukommen.

Stadtverordneter Enge stellt folgenden Änderungsantrag:

Die Stadt Idstein gründet ein "Projekt Klimaschutzmanagement". Zur Implementierung dieses Projektes wird im Haushaltsplan 2014 ein gleichnamiges Produkt 14.561.02 gebildet und ein Betrag von 20.000,00 € eingestellt.

Innerhalb des Projektes wird eine halbe Stelle für einen Klimaschutzmanager geschaffen. Der Magistrat wird zur fristgerechten Umsetzung beauftragt. Voraussetzung ist eine mindestens 65 %ige Förderung durch Bundesmittel.

Der Klimaschutzmanager setzt das Klimaschutzkonzept um und übernimmt das Klimaschutzcontrolling.

Aus dem Klimaschutzkonzept abgeleitet sollen folgende Themen vorrangig angegangen werden:

1. Möglichkeiten und Kosten zur energetischen Ertüchtigung und Sanierung der öffentlichen Gebäude der Stadt Idstein.
2. Firmenneutrales Konzept für die Errichtung einer Energieerzeugungsgesellschaft im Stadtgebiet Idstein mit dem Schwerpunkt im Wärmebereich und der Möglichkeit einer Bürgerbeteiligung.
3. Untersuchung der Möglichkeiten einer Zusammenarbeit der Stadt Idstein mit der Hochschule Fresenius und dem heimischen Handwerk mit dem Ziel, die Häuser, die vor Eintritt der Energiesparverordnung errichtet worden sind, unter Klimaschutzbedingungen zu ertüchtigen.

In diesem Rahmen soll

1. eine Analyse des aktuellen Status vorgenommen,
2. Varianten und Optionen für mögliche Lösungsansätze aufgezeigt und bewertet,
3. eine erste Grobkostenschätzung erstellt und
4. ein Vorschlag für das weitere Vorgehen verfasst werden.

Stadtverordneter Weiß übernimmt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Idstein.

Die von den einzelnen Fraktionen beantragten Einzelabstimmungen ergeben sich aus der als Anlage beigefügten Übersichtsliste. Zu den lfd. Nrn. der Übersichtsliste, die heute nicht gesondert abgestimmt wurden, schließt sich die Stadtverordnetenversammlung den Beschlussempfehlungen des Haupt- und Finanzausschusses vom 28. November 2013 an. Soweit aufgrund der Beratungsfolge keine Beratung im Haupt- und Finanzausschuss erfolgt ist, schließt sich die Stadtverordnetenversammlung der Beschlussempfehlung des jeweiligen Fachausschusses an.

Beschluss (Antrag des Stadtverordneten Enge):

Die Stadt Idstein gründet ein "Projekt Klimaschutzmanagement". Zur Implementierung dieses Projektes wird im Haushaltsplan 2014 ein gleichnamiges Produkt 14.561.02 gebildet und ein Betrag von 20.000,00 € eingestellt.

Innerhalb des Projektes wird eine halbe Stelle für einen Klimaschutzmanager geschaffen. Der Magistrat wird zur fristgerechten Umsetzung beauftragt. Voraussetzung ist eine mindestens 65 %ige Förderung durch Bundesmittel.

Der Klimaschutzmanager setzt das Klimaschutzkonzept um und übernimmt das Klimaschutzcontrolling.

Aus dem Klimaschutzkonzept abgeleitet sollen folgende Themen vorrangig angegangen werden:

1. Möglichkeiten und Kosten zur energetischen Ertüchtigung und Sanierung der öffentlichen Gebäude der Stadt Idstein.
2. Firmenneutrales Konzept für die Errichtung einer Energieerzeugungsgesellschaft im Stadtgebiet Idstein mit dem Schwerpunkt im Wärmebereich und der Möglichkeit einer Bürgerbeteiligung.
3. Untersuchung der Möglichkeiten einer Zusammenarbeit der Stadt Idstein mit der Hochschule Fresenius und dem heimischen Handwerk mit dem Ziel, die Häuser, die vor Eintritt der Energiesparverordnung errichtet worden sind, unter Klimaschutzbedingungen zu ertüchtigen.

In diesem Rahmen soll

1. eine Analyse des aktuellen Status vorgenommen,
2. Varianten und Optionen für mögliche Lösungsansätze aufgezeigt und bewertet,
3. eine erste Grobkostenschätzung erstellt und
4. ein Vorschlag für das weitere Vorgehen verfasst werden.

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich abgelehnt

Ja: 18 Nein: 19 Enthaltung: 0

Beschluss (Drucksache-Nr. 189/2013):

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 wird:

im Ergebnishaushalt

im ordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf 43.148.850,00 EUR

mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 46.283.400,00 EUR

im außerordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf 0,00 EUR

mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 0,00 EUR

mit einem Fehlbedarf von 3.134.550,00 EUR

im Finanzhaushalt

mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen

aus laufender Verwaltungstätigkeit auf -460.150,00 EUR

und dem Gesamtbetrag der

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf 2.251.140,00 EUR

Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf 2.914.700,00 EUR

mit einem Saldo von -663.560,00 EUR

Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf 663.560,00 EUR

Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf 2.082.700,00 EUR

mit einem Saldo von -663.560,00 EUR

mit einem Finanzmittelfehlbedarf des

Haushaltsjahres von 2.542.850,00 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2014 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen erforderlich ist, wird auf 663.560,00 EUR festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2014 zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen wird auf 610.000,00 EUR festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2014 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 24.000.000,00 EUR festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden im Rahmen einer Hebesatzung festgesetzt. Für das Haushaltsjahr 2014 betragen sie:

1. Grundsteuer	
a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf	350 v.H.
b) für Grundstücke (Grundsteuer B) auf	390 v.H.
2. Gewerbesteuer auf	390 v.H.

§ 6

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung als Teil des Haushaltsplans beschlossene Stellenplan.

§ 7

Für die Bewirtschaftung der Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie des Stellenplanes gelten die als Teil des Haushaltsplanes beschlossenen Budgetierungsrichtlinien.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Ja: 29 Nein: 1 Enthaltung: 7

Beschluss (Investitionsprogramm):

Das Investitionsprogramm 2013 bis 2017 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 29 Nein: 0 Enthaltung: 8

Abstimmungsgrundlage für das Haushaltssicherungskonzept (Drucksache-Nr. 209/2013) ist die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 28. November 2013 mit dem vom Magistrat vorgelegten Formulierungsvorschlag zur Schülerbetreuung.

Beschluss (Drucksache-Nr. 209/2013):

Das Haushaltssicherungskonzept 2014 als Fortschreibung für die Jahre 2012 bis 2017 wird gemäß Anlage beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 37 Nein: 0 Enthaltung: 0

Beschluss (Drucksache-Nr. 193/2013):

1. Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2014 wird mit folgenden Änderungen beschlossen:
 - 1.1 Stellenneuschaffungen
 - 1.1.1 Im Teilhaushalt, Produkt 01.111.07, Liegenschafts- und Gebäudemanagement, wird eine Planstelle der Entgeltgruppe 9 TVöD geschaffen.
 - 1.2 Stellenstreichungen
 - 1.2.1 Im Teilhaushalt, Produkt 01.111.05, Finanzverwaltung, wird eine Stelle der Besoldungsgruppe A 9 kw gestrichen.
 - 1.2.2 Im Teilhaushalt, Produkt 06.365.01, Städtische Kinderbetreuungseinrichtungen, werden 5 Planstellen der EGr. SuE 6 TVöD gestrichen.
 - 1.3 Stellenplanveränderungen
 - 1.3.1 Im Teilhaushalt, Produkt 02.122.01, Öffentliche Sicherheit und Ordnung, wird eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 7 BBO nach Entgeltgruppe 8 TVöD umgewandelt.
 - 1.4 Stellenhöherbewertungen
 - 1.4.1 Im Teilhaushalt, Produkt 01.111.07 wird eine Planstelle der Entgeltgruppe 10 TVöD in eine Planstelle der Entgeltgruppe 11 TVöD höher bewertet.
 - 1.5 Stellenabwertungen
 - 1.5.1 Im Teilhaushalt, Produkt 06.365.01, Städtische Kinderbetreuungseinrichtungen, wird eine Planstelle der EGr. SuE 7 TVöD nach Entgeltgruppe SuE 6 TVöD abgewertet.
 - 1.6 Anbringung des Vermerkes kw (künftig wegfallend)
 - 1.6.1 Im Teilhaushalt, Produkt 10.522.01, erhält eine Planstelle der Entgeltgruppe 8 TVöD den Vermerk "künftig wegfallend".
2. Unter Berücksichtigung vorstehender Änderungen wird der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2014 gemäß Anlage 1 festgesetzt.
3. Es wird davon Kenntnis genommen, dass durch die vorgeschlagenen Stellenplanveränderungen jährliche Personalkosteneinsparungen in Höhe von gerundet 228.000,00 € entstehen. Bei Realisierung von Ziffer 1.6.1 erhöhen sich die Personalkosteneinsparungen um gerundet 50.000,00 €.
4. Der Stellenplan für geringfügig entlohnte Beschäftigte als Anlage zum Stellenplan der Stadt Idstein ändert sich nicht.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

Ja: 35 Nein: 0 Enthaltung: 2

Tagesordnung II

9	190/2013	Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer
---	----------	--

Bemerkungen:
Keine.

Beschluss:

Die Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer gemäß Anlage wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 37 Nein: 0 Enthaltung: 0

10	216/2013	Straßenerhalt 2013
----	----------	---------------------------

Bemerkungen:

Keine.

Beschluss:

Die Fa. Hermann Schäfer GmbH & Co. KG erhält auf der Basis des Angebotes vom 14. Oktober 2013 den Auftrag für die Sanierung des Fichtenwegs in Idstein-Kernstadt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 37 Nein: 0 Enthaltung: 0

11	226/2013	Aufhebung des Sperrvermerkes bei Produkt 06.366.01 (Brandschutztechn. Sanierung JUZ, Schlossgasse)
----	----------	---

Bemerkungen:

Keine.

Beschluss:

1. Der Vermerk der kwb Rheingau-Taunus vom 12.11.2013 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Sperrvermerk bei Produkt 06.366.01 betr. die brandschutztechnische Sanierung des Jugendzentrums Idstein, Schlossgasse wird aufgehoben.
3. Der Magistrat wird gebeten, auf den benachbarten Grundeigentümer einzuwirken, umgehend die Eintragung der Baulast für den Rettungsweg aus dem Kellergewölbe zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 37 Nein: 0 Enthaltung: 0

12	196/2013	Antrag der SPD-Fraktion betr. Beförderung des Idsteiner Waldes durch Hessen Forst
----	----------	--

Bemerkungen:

Keine.

Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 37 Nein: 0 Enthaltung: 0

13	199/2013	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Idstein betr. Interkommunale Zusammenarbeit - Einrichtung einer Zentralen Vergabestelle im Idsteiner Land
----	----------	---

Bemerkungen:

Keine.

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, auf die Gemeinden des Idsteiner Lands und weitere benachbarte Kommunen zuzugehen, mit dem Ziel eine gemeinsame Zentrale Vergabestelle einzurichten und im Falle des Interesses von mindestens zwei Gemeinden ein entsprechendes Konzept zur Einrichtung einer Zentralen Vergabestelle vorzulegen.

Die bisherigen Absätze 2 - 5 werden die neuen Absätze 1 - 4 in der Begründung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 37 Nein: 0 Enthaltung: 0

14	229/2013	Eingabe von Herrn Norman Gasser vom 15. Oktober 2013
----	----------	--

Bemerkungen:

Keine.

Beschluss:

1. Die Stellungnahme des Magistrats zur Eingabe von Herrn Norman Gasser, Taubenberg 103, 65510 Idstein, vom 15. Oktober 2013 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Stadtverordnetenvorsteher wird gebeten, auf der Grundlage der beigefügten Stellungnahme ein Antwortschreiben an den Antragsteller zu fertigen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 37 Nein: 0 Enthaltung: 0

15	230/2013	Antrag der CDU-Fraktion betr. Spielplatz "Im Rauental"
----	----------	--

Bemerkungen:

Keine.

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, die zukünftige Verwendung des Spielplatzes "Im Rauental" und eine eventuelle Attraktivierung des Spielplatzes zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 37 Nein: 0 Enthaltung: 0

16	191/2013	Bedarfs- und Entwicklungsplan für den Brandschutz und die Allgemeine Hilfe der Stadt Idstein
----	----------	---

Bemerkungen:

Keine.

Beschluss:

Die Drucksache-Nr. 191/2013, Bedarfs- und Entwicklungsplan für den Brandschutz und die Allgemeine Hilfe der Stadt Idstein, wird vertagt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 37 Nein: 0 Enthaltung: 0

Bürgermeister Krum informiert, dass sich die städtischen Gremien in Kürze mit der Drucksache-Nr. 259/2013, Planfeststellung für die 2. Planänderung für den Neubau der Ortsumgehung Bad Camberg, befassen müssen. Die umfangreichen Anlagen zur Drucksache befinden sich auf einer CD.

Bürgermeister Krum fragt, ob es für die Beratungen in den Fraktionen ausreicht, wenn jede Fraktion und die FDP eine CD mit den Anlagen erhalten.

Stadtverordneter Piaskowski weist auf die geringen Kosten für CD-Rohlinge hin und bittet zur Vereinfachung der Beratungen doch jedem Stadtverordneten die CD mit den Anlagen zur Drucksache-Nr. 259/2013 zur Verfügung zu stellen.

Bürgermeister Krum sagt dies zu.

Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher Baasch dankt dem scheidenden Bürgermeister Krum für seine geleistete Arbeit zum Wohle der Stadt Idstein und lädt die Sitzungsteilnehmer zum gemeinsamen Jahresabschlussessen ein.

Hans-Egon Baasch
Stellv. Vorsitzender

Bernd Göres
Schriftführer